

STRATEGIE-PAPIER

Von Elmau nach Hiroshima

Wie Japan die Klima- und Energie-
agenda der G7 im Jahr 2023
voranbringen kann

Autor:innen: Alexandra Goritz, Kuat Abeshev und David Ryfisch



Die G7 sollte im Jahr 2023...

1. Klimaziele und allgemeine Ambitionen
 - a. Ihre klimapolitischen Ambitionen erhöhen
 - b. Die Lücke zwischen Zielen und Maßnahmen schließen
2. Kohleausstieg und Dekarbonisierung des Energiesektors
 - a. Den Kohleausstieg bis 2030 verpflichten
 - b. Die Verpflichtung zu einer vollständigen Dekarbonisierung des Stromsektors bis 2035 eingehen
3. Subventionen für fossile Brennstoffe
 - a. Bis zum Gipfel der Staats- und Regierungschefs im Mai Verzeichnisse in Bezug auf Subventionen für fossile Brennstoffe veröffentlichen
 - b. Strategien zum schrittweisen Abbau der Subventionen für fossile Brennstoffe bis 2025 (einschließlich Meilensteinen, politischen Reformen und Fortschrittsberichten) veröffentlichen
4. Internationale Finanzierung fossiler Brennstoffe
 - a. Alle direkte und indirekte internationale Finanzierung für unverminderte fossile Infrastruktur im Ausland beenden
 - b. Politische Maßnahmen bereitstellen, die über internationale, nicht bindende Verpflichtungen hinausgehen
 - c. Klare Kriterien für Ausnahmen hinsichtlich der Finanzierung fossiler Brennstoffe bereitstellen (im Einklang mit 1,5°C und ohne Lock-in-Effekte)
5. Klimafinanzierung
 - a. Den angemessenen Anteil am überfälligen Ziel von 100 Mrd. USD zahlen und die Verpflichtung eingehen, 600 Mrd. USD von 2020 bis 2025 bereitzustellen
 - b. Einen konkreten Fahrplan für die Verdoppelung der Anpassungsfinanzierung bis 2025 erstellen
 - c. Neue Mittel bereitstellen und den Anteil für die zweite Aufstockung des Green Climate Fund (GCF) erhöhen
6. Reform der internationalen Finanzarchitektur
 - a. Gemeinsam auf eine Reform der multilateralen Entwicklungsbanken (MEB) und des Internationalen Währungsfonds (IWF) hinwirken, um Entwicklungsländer bei der Bewältigung von multiplen Krisen zu unterstützen
 - b. Die Kreditvergabekapazität der MEB für die Klimafinanzierung erhöhen
 - c. Eine weitere Zuteilung von Sonderziehungsrechten (SZR) und deren Weiterleitung an vulnerable Länder beim IWF beantragen
7. Partnerschaften für eine gerechte Energiewende (JETPs)
 - a. Finanzmittel für die bereits angekündigten JETPs (Südafrika, Indonesien und Vietnam) bereitstellen
 - b. Grundsätze für JETPs festlegen (einschließlich verbesserter Transparenz und Einbeziehung von zivilgesellschaftlichen Organisationen)

- c. Die Finanzierung von fossiler Infrastruktur im Rahmen der JETPs ausschließen und Kohärenz in den JETPs und anderen internationalen Finanzflüssen gewährleisten
- 8. Klimaclub, industrielle Dekarbonisierung und grüner Wasserstoff
 - a. Ihr Versprechen einlösen, den „Klimaclub“ zu einem inklusiven Bündnis zu machen, das in der Lage ist, die Klimaambitionen zu erhöhen
 - b. Überschneidungen mit bereits bestehenden Initiativen zur industriellen Dekarbonisierung vermeiden, aber dennoch den Mehrwert des Klimaclubs verdeutlichen / hervorheben
 - c. Den „G7 Wasserstoff-Aktionspakt“ in einen grünen G7 Wasserstoff-Aktionspakt umwandeln
- 9. Schäden und Verluste
 - a. Über den globalen Schutzschirm (Global Shield) hinaus finanzielle Unterstützung bereitstellen
 - b. Eine Führungsrolle bei der Einrichtung des Fonds für Schäden und Verluste einnehmen und konkrete Zusagen tätigen
 - c. Die Mittel für das Santiago Netzwerk zu Schäden und Verlusten aufstocken

Impressum

Autor:innen:

Alexandra Goritz, Kuat Abeshev,
David Ryfisch (Germanwatch e.V.)

Herausgeber:

Germanwatch e.V.

Büro Bonn:

Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn
Telefon: +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19

Büro Berlin:

Stresemannstr. 72, D-10963 Berlin
Telefon: +49 (0)30 / 28 88 356-0, Fax -1

Internet: www.germanwatch.org

E-Mail: info@germanwatch.org

Visuelles Konzept:

Designbüro honey-studio

Dezember 2022

Diese Publikation kann im Internet abgerufen
werden unter:

www.germanwatch.org/en/87766

Mit finanzieller Unterstützung von:

STIFTUNG
MERCATOR

Für den Inhalt ist alleine German-
watch verantwortlich.

Abkürzungsverzeichnis

BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMWK	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
CAF	Unabhängige Überprüfung der Kapitaladäquanzrahmen der multilateralen Entwicklungsbanken
CBAM	Carbon Border Adjustment Mechanism
GCF	Green Climate Fund
IDDI	Clean Energy Ministerial Industrial Deep Decarbonisation Initiative
IEA	Internationale Energieagentur
IMF	Der Internationale Währungsfonds
IRA	Inflation Reduction Act
JETPMD	Just Energy Transition Partnership
MEB	Multilaterale Entwicklungsbanken
NDCs	Nationale Klimabeiträge
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
SDGs	Ziele für nachhaltige Entwicklung
SZR	Sonderziehungsrechte

Inhalt

1	Einführung	7
2	Klimaziele und allgemeine Ambitionen.....	8
3	Kohleausstieg und Dekarbonisierung des Energiesektors	11
4	Subventionen für fossile Brennstoffe	12
5	Internationale Finanzierung fossiler Brennstoffe.....	14
6	Klimafinanzierung.....	17
7	Reform der internationalen Finanzarchitektur.....	18
8	Partnerschaften für eine gerechte Energiewende.....	20
9	Klimaclub, industrielle Dekarbonisierung und grüner Wasserstoff	22
10	Schäden und Verluste	24

1 Einführung

Die deutsche G7-Präsidentschaft neigt sich dem Ende zu und der nächste **Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Hiroshima vom 19. bis 21. Mai** rückt immer näher. Das bedeutet, dass der G7 nur noch wenig Zeit bleibt, um greifbare Fortschritte hinsichtlich der Klima- und Energieagenda zu erzielen.

Durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine wurde der Prozess der Agenda trotz Deutschlands Ankündigung Anfang 2022, Klima- und Nachhaltigkeitsthemen in den Mittelpunkt seiner G7-Präsidentschaft zu stellen, verlangsamt und **es kam diesbezüglich nur zu begrenzten Fortschritten**. Infolge der Eskalation des Krieges sind die G7-Länder näher zusammengerückt und haben eine solide Grundlage für Koordination und Zusammenarbeit geschaffen. Die Prioritäten verlagerten sich jedoch auf unmittelbare Sicherheitsfragen wie die menschliche Sicherheit, Energiesicherheit und Ernährungssicherheit. Solcherlei Themen sind eng mit der Klimakrise und der Biodiversitätskrise verknüpft. Die Herausforderung für die G7 bestand daher darin, die **unmittelbaren Sicherheitsprobleme anzugehen, ohne durch die Vernachlässigung langfristiger Krisen zukünftige Risiken zu erhöhen**.¹

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine wütet noch immer und wird die G7-Agenda im Jahr 2023 wahrscheinlich weiterhin beeinflussen. Hinzu kommen die für viele Länder des Globalen Südens immer drängenderen Probleme der Nahrungsmittel- und Schuldenkrise, die als zentrale Themen behandelt werden sollten. Während die G7 im Jahr 2022 intensiv zusammengearbeitet hat, ist zu erwarten, dass **die Beziehungen im kommenden Jahr angesichts des US-amerikanischen Inflation Reduction Act (IRA) auf eine harte Probe gestellt werden**. Die riesigen Subventionen, die durch das IRA eingeführt wurden, verursachen Spannungen zwischen den USA und der EU. Indessen sorgt der CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM) der EU in vielen anderen Ländern für Unmut. **Wie die G7 ihre internen Konflikte lösen** und sich gegenüber China positionieren wird, von dem sich sowohl die USA als auch die EU abwenden wollen, wird zu den vorrangigen Themen der nächsten Präsidentschaft gehören – und damit auch die Klimaa-genda beeinflussen.

Im Folgenden werden die Schlüsselthemen skizziert und aufgezeigt, wie Fortschritte auf der Klima- und Energieagenda der G7 in Hiroshima gestaltet werden könnten.

¹ Germanwatch, <https://www.germanwatch.org/en/85230>

2 Klimaziele und allgemeine Ambitionen

Was die allgemeinen Klimaziele betrifft, war die G7 in diesem Jahr nicht in der Lage, ihre Ambitionen im Rahmen der nationalen Klimabeiträge (NDCs) wesentlich zu erhöhen.² Auf dem G7-Gipfel haben sich die Länder jedoch, unter anderem durch strengere sektorale Ziele, dazu verpflichtet, CO₂-unabhängige Unterziele oder die Umsetzungsmaßnahmen ihrer Ambitionen strenger zu gestalten.

Die G7 sollte im Jahr 2023

- Ihre klimapolitischen Ambitionen erhöhen
- Die Lücke zwischen Zielen und Maßnahmen schließen

Bis jetzt ist kein G7-Land auf gutem Wege, seine NDCs zu erreichen, obwohl es ohnehin schon an ausreichender, angemessener Bewertung mangelt.³ Dennoch sind die G7 im Jahr 2022 mehrere neue Verpflichtungen eingegangen:

- Der Inflation Reduction Act (IRA) der USA bringt das Potenzial mit sich, Investitionen in Höhe von fast 369 Mrd. USD in saubere Energie und die Dekarbonisierung der Wirtschaft zu entfesseln. Schätzungen zufolge können dadurch die Emissionen bis 2030⁴ um etwa 40 Prozent gesenkt werden – im Gegensatz dazu wären bei der derzeitigen Politik nur 30 Prozent der Emissionen reduziert worden. Dies ändert jedoch nichts daran, dass das Emissionsminderungspotenzial des IRA noch immer unter dem NDC-Ziel der USA von 50-52 Prozent liegt.
- Im Mai 2022 schlug die EU-Kommission das „REPowerEU“-Paket vor. Ziel dahinter ist es, die Energiesicherheit der EU durch mehr erneuerbare Energien (von 40% zu 45%) und eine Senkung des Energieverbrauchs (von 787 Mtoe zu 750 Mtoe) bis 2030 zu erhöhen. Mit diesem Paket würde die Union ihr Vorhaben einer 55-prozentigen Reduzierung bis 2030 wahrscheinlich übertreffen. Möglich wäre das Erreichen einer Reduzierung zwischen 58 und 60 Prozent unter dem Niveau von 1990. Obwohl die EU vor der COP27 keinen strengeren NDC vorgelegt hat, kündigte Frans Timmermans in Scharm El-Scheich an, dass das Emissionsreduktionsziel der EU von 55 Prozent auf 57 Prozent erhöht werden könne und der Plan sei, ihren NDC vor der COP28 zu aktualisieren.⁵
- Das Vereinigte Königreich überprüfte seinen NDC im September 2022, erhöhte dabei jedoch nicht sein Gesamtziel. Es strebt nach wie vor eine Reduzierung der Emissionen auf 68 Prozent bis 2030 an. Politische Maßnahmen und Finanzmittel decken weniger als 40 Prozent der Emissionsreduzierungen ab, die zur Erreichung des NDC erforderlich wären. Parallel dazu hat die britische Regierung ein neues

² Das Vereinigte Königreich hat am 23. September 2022 einen aktualisierten NDC vorgelegt, ohne sein Ziel zu erhöhen, <https://www.gov.uk/government/publications/the-uks-nationally-determined-contribution-communication-to-the-unfccc#full-publication-update-history>

³ Climate Action Tracker, <https://climateactiontracker.org/countries/>

⁴ US-Botschaft in Luxemburg, <https://lu.usembassy.gov/what-has-the-u-s-done-since-cop26/>

⁵ Reuters, <https://www.reuters.com/business/cop/eu-tell-un-summit-it-plans-raise-climate-target-2023-source-2022-11-15/>

Kohlebergwerk genehmigt. Dies untergräbt die Führungsrolle des Vereinigten Königreichs beim Klimaschutz.⁶

- Kanadas Klimaziele und der Fahrplan für 2030, der eine Emissionsreduzierung von mindestens 40-45 Prozent bis 2030⁷ vorsieht, sind ein Fortschritt im Vergleich zu früheren Zielen von nur 30 Prozent Emissionsreduzierung. Die politische Realität des Landes entspricht jedoch in keiner Weise den Zielen, da **die kanadische Regierung weiterhin neue Kapazitäten für fossile Brennstoffe aufbaut**: beispielsweise das Projekt Bay du Nord, welches über 30 Jahre lang 300 Millionen Barrel Öl fördern soll.⁸
- **Japan hat seinen NDC 2022 seit der letzten Aktualisierung im Oktober 2021 nicht verbessert.** Die angestrebte 46-prozentige Emissionsreduktion bis 2030 ist aber immer noch nicht ausreichend auf einen 1,5°C-Pfad ausgerichtet: Im Jahr 2030 würden die derzeitigen Strategien und Maßnahmen nur zu einer Reduzierung von 28 bis 33 Prozent führen.

Die EU wird voraussichtlich 2023 ein aktualisiertes NDC vorlegen. Die anderen G7-Länder sollten sich jedoch zumindest bemühen, **die Umsetzungslücke zwischen ihren Verpflichtungen und ihren Maßnahmen zu schließen**. Wie bereits beschrieben, entsprechen die derzeitigen Maßnahmen und Strategien nicht ihren Zielen. Um ihre Verantwortung unter Beweis zu stellen, wäre es angebracht, wenn die Länder über die Fortschritte bei der Umsetzung ihrer (in Glasgow eingegangenen) freiwilligen Verpflichtungen berichten.

In ihrem Kommuniqué von 2022 rief die G7 auch die größten Emittenten auf, ihre Ambitionen zu erhöhen. Brasilien, Indien und Indonesien legten aktualisierte NDCs⁹ vor; jedoch erhöhte nur Indien seine Ambitionen leicht. Es wird eine Reduzierung um 45 Prozent bis 2030 angestrebt, also 33-35 Prozent im Vergleich mit dem vorherigen Ziel.¹⁰ Mehr Ehrgeiz von der Seite der größten Emittenten ist von zentraler Bedeutung. Die G7 wird jedoch nur dann ernst genommen werden, wenn sie ihre eigenen Ziele, politischen Maßnahmen, Vorschriften und Finanzmittel mit dem 1,5°C-Ziel in Einklang bringt.

Speziell für Deutschland wird es, um sein Engagement für den Klimaschutz zu demonstrieren, entscheidend sein, die jährlichen Sektorziele im Klimaschutzgesetz und während des Überprüfungsprozesses nicht zu verwässern. **Der Verkehrssektor ist derjenige mit den größten Herausforderungen in Deutschland.** Seit Jahrzehnten verharren die CO₂-Emissionen in Deutschland auf einem hohen Niveau und es besteht die Gefahr, dass Deutschland seine Klimaziele für das Jahr 2030 verfehlt.¹¹ Dessen ungeachtet hat das Bundesministerium

⁶ BBC, <https://www.bbc.com/news/uk-politics-63892381>

⁷ Kanadische Regierung, <https://www.canada.ca/en/services/environment/weather/climatechange/climate-plan/climate-plan-overview/emissions-reduction-2030.html>

⁸ Climate Home News, <https://www.climatechangenews.com/2022/05/11/campaigners-take-canada-to-court-over-new-oil-extraction-project/>

⁹ Climate Action Tracker, <https://climateactiontracker.org/climate-target-update-tracker-2022/>

¹⁰ Indische Regierung <https://unfccc.int/sites/default/files/NDC/2022-08/India%20Updated%20First%20Nationally%20Determined%20Contrib.pdf>

¹¹ Umweltbundesamt, <https://www.umweltbundesamt.de/daten/verkehr/emissionen-des-verkehrs#pkw-fahren-heute-klima-und-umweltvertraglicher>

für Digitales und Verkehr noch immer kein Programm vorgelegt, um aufzuzeigen, wie es seine Klimaziele erreichen will. Bundeskanzler Scholz muss daher eingreifen und Stellung gegen die Blockade des Verkehrsministeriums beziehen.

3 Kohleausstieg und Dekarbonisierung des Energiesektors

Eine der größten Errungenschaften der Klima- und Energieagenda der G7 im Jahr 2022 war die Einigung auf eine vollständige oder überwiegende Dekarbonisierung des Energiesektors bis 2035. Japan wehrte sich jedoch gegen eine schärfere Formulierung. Das Land drängte auf den Begriff „überwiegend“ statt auf eine Verpflichtung zu einem vollständig dekarbonisierten Stromsystem. **Diese Blockadeposition zu überwinden und sich den anderen G7-Staaten anzuschließen, wird im Rahmen Japans G7-Präsidentschaft daher entscheidend sein** für das kommende Jahr. Da die Verpflichtung zu 1,5°C auch in dem Text eine wichtige Rolle spielt, gibt es für die G7 keinen Spielraum, in 2035 noch fossile Brennstoffe im Energiesektor zu nutzen.

Im Jahr 2023 sollten sich alle G7-Staaten, einschließlich Japan, entsprechend dem Netto-Null-Emissionsszenario der Internationalen Energieagentur (IEA) auf ein vollständig dekarbonisiertes Stromsystem bis 2035 einigen. Darüber hinaus **sollte sich die G7 zu einem Kohleausstieg bis 2030 verpflichten**. Obwohl die G7 sich dieses Jahr bereits zum Ausstieg aus der Kohle verpflichtete, gab sie noch kein Ausstiegsdatum bekannt.

Angesichts der aktuellen Herausforderungen bei der Energieversorgung hat Deutschland vorübergehend beschlossen, den Betrieb seiner Kohle- und Kernkraftwerke kurzfristig zu verlängern. Mittelfristig liegt dafür die Verpflichtung vor, den Anteil der erneuerbaren Energien im Energiesektor bis 2030 auf 80 Prozent zu erhöhen und im Idealfall bis 2030 auch aus der Kohle auszusteigen.¹² Darüber hinaus strebt die Bundesregierung bis 2035 ein Stromsystem an, das fast vollständig auf erneuerbaren Energien basiert. In Anbetracht der Krise durch den Agriffrkriegs Russland gegen die Ukraine, hat sie nun das Ziel, bis 2045 eine klimaneutrale Wirtschaft zu erreichen.¹³ Um diesen ehrgeizigen Zielen gerecht zu werden und die Kapazitäten der erneuerbaren Energien – insbesondere der Solarenergie – massiv auszubauen, müssen auch die Planungs- und Genehmigungsverfahren drastisch beschleunigt werden.

Die G7 sollte im Jahr 2023

- Den Kohleausstieg bis 2030 verpflichten
- Die Verpflichtung zu einer vollständigen Dekarbonisierung des Stromsektors bis 2035 eingehen

¹² In Westdeutschland wird die Kohleverstromung bis 2030 auslaufen. Darüber hinaus wird das neue EU-Emissionshandelssystem wahrscheinlich dafür sorgen, dass der Kohleausstieg in ganz Deutschland bis 2030 vollzogen wird. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/kohleausstieg-2030-2139228>

¹³ „Das EEG 2023 verankert das Ziel, dass die inländische Stromerzeugung bereits im Jahr 2035 nahezu treibhausgasneutral sein, also nahezu vollständig durch erneuerbare Energien erfolgen soll.“ <https://dserver.bundestag.de/btd/20/016/2001630.pdf>

4 Subventionen für fossile Brennstoffe

Bei den Subventionen für fossile Brennstoffe hat die G7 im Jahr 2022 keine nennenswerten Ergebnisse erzielt. Daten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der IEA zeigen, dass sie sich mit einer Höhe von 697,2 Mrd. USD im Jahr 2021 verglichen zu 2020 fast verdoppelt haben.¹⁴ Die zusätzlichen Subventionen, die aufgrund der Energiekrise im Jahr 2022 bereitgestellt wurden, sind in diesen Zahlen nicht enthalten. Alle bisherigen Fortschritte werden mit diesem Trend wieder zunichte gemacht. Solch eine Entwicklung ist auch in der G20 und der G7 zu beobachten. Während sich die Subventionen für fossile Brennstoffe im Jahr 2020 auf 146 Mrd. USD beliefen, erreichten sie im Jahr 2021 in der G20 rund 190 Mrd. USD.¹⁵ **Mehr als 60 Mrd. USD davon hat die G7 zu verantworten.**¹⁶ Ein Ende der Subventionen für fossile Brennstoffe ist nicht in Sicht, vor allem in Anbetracht der Energiekrise, welche die Situation noch weiter verschlimmert. Die G7 scheint nicht dazu in der Lage zu sein, ein Gleichgewicht hin zum Erreichen der Klimaziele zu finden: Einerseits gilt es, gefährdete Haushalte in der Energiekrise zu unterstützen, andererseits drängt die Einhaltung ihrer Verpflichtungen zum Abbau der Subventionen für fossile Brennstoffe.

Als Mindestziel hat sich die G7 erneut verpflichtet, ineffiziente Subventionen in diesem Bereich bis 2025 abzuschaffen; eine Verpflichtung, die bereits 2016 in Japan eingegangen wurde. Für die Umsetzung verbleiben zwei Jahre. **Um die Transparenz zu erhöhen,** muss sie so bald wie möglich Optionen für die Erstellung gemeinsamer öffentlicher Verzeichnisse prüfen. Ein klares Datum, bis wann diese verfügbar sein sollen, wurde noch nicht bekanntgegeben. Zusätzlich haben die Klima- und Energieminister:innen der G7-Staaten vereinbart, bis 2023 über ihre Fortschritte zu berichten.

Um mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht in dieser schwierigen Frage zu schaffen, sollten bis zum G7-Gipfel im Mai 2023 öffentliche, auf Subventionen für fossile Brennstoffe bezogene, Verzeichnisse vorgelegt werden. Dies wird hoffentlich auch dazu beitragen, mehr Erkenntnisse über die Definition von „ineffizienten“ Subventionen zu gewinnen. Das gesamte Engagement wird durch den derzeitigen Trend zur Erhöhung der Subventionen in Frage gestellt. Aus dem Grund sollte die G7 **Strategien vorlegen, aus denen hervorgeht, wie sie beabsichtigt, die Subventionen für fossile Brennstoffe bis 2025 zu reduzieren und schließlich abzuschaffen.** Klare Meilensteine, politische Reformen und regelmäßige Fortschrittsberichte sollten Teil dieser Strategien sein.

Die G7 sollte im Jahr 2023

- bis zum Gipfel der Staats- und Regierungschefs im Mai Verzeichnisse in Bezug auf Subventionen für fossile Brennstoffe veröffentlichen
- Strategien zum schrittweisen Abbau der Subventionen für fossile Brennstoffe bis 2025 (einschließlich Meilensteinen, politischen Reformen und Fortschrittsberichten) veröffentlichen

¹⁴ Die Daten beruhen auf Subventionen in 51 Ländern weltweit: <https://www.oecd.org/newsroom/support-for-fossil-fuels-almost-doubled-in-2021-slowing-progress-toward-international-climate-goals-according-to-new-analysis-from-oecd-and-iea.htm>

¹⁵ Climate Transparency, <https://www.climate-transparency.org/wp-content/uploads/2022/10/CT2022-Summary-report.pdf>

¹⁶ Fossil Fuel Subsidy Tracker, <https://fossilfuelsubsidytracker.org/country/>

Auch Deutschland hat im Jahr 2022 eine Reihe neuer Subventionen für fossile Brennstoffe eingeführt, z.B. den „Tankrabatt“. In einem Entwurf des Klimaschutzsofortprogramms heißt es, dass **Deutschland bis Mitte 2023 ein Reformpaket zum Abbau der Subventionen für fossile Brennstoffe vorlegen will**.¹⁷ Dazu wird eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Leitung des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) eingerichtet. Diese Arbeitsgruppe soll eine Definition für klimaschädliche Subventionen im Energiesektor erarbeiten und diese regelmäßig auf ihre Klimawirkung hin überprüfen. Damit wird die Berichterstattung über Subventionen für fossile Energieträger weiterentwickelt.

¹⁷ <https://www.klimareporter.de/images/dokumente/2022/05/220404-klimaschutz-sofortprogramm-2022-entwurf.pdf>

5 Internationale Finanzierung fossiler Brennstoffe

Eines der schwierigsten Themen auf der diesjährigen Energie- und Klima-Agenda der G7 war die internationale Finanzierung fossiler Infrastruktur. Bei einem Besuch im Senegal bot Bundeskanzler Scholz dem senegalesischen Präsidenten Macky Sall deutsche Unterstützung für Gasexplorationen an.¹⁸ Dies war **ein großer Rückschritt hinsichtlich einer auf der COP26 eingegangenen Verpflichtung**: Deutschland und 38 weitere Regierungen (darunter alle G7-Regierungen außer Japan) und Banken haben vor, bis Ende 2022 keine neue direkte öffentliche Unterstützung für den internationalen Energiesektor mit unverminderter Nutzung fossiler Brennstoffe mehr zu leisten.¹⁹ Diese Verpflichtung soll auch als Richtschnur für die Entscheidungen in den Vorständen der multilateralen Entwicklungsbanken²⁰ dienen. Sie bergen das Potenzial, jährliche Investitionen in Höhe von 28 Mrd. USD von fossilen Brennstoffen auf saubere Energie umzulenken. Dies würde zu einer Umschichtung noch größerer Summen öffentlicher und privater Gelder beitragen.²¹ **Unter den G7-Staaten sind Japan (10,6 Mrd. USD jährlich) und Kanada die größten Geldgeber für fossile Brennstoffe im Ausland.**²²

Vor diesem Hintergrund war es ein Erfolg, dass sich alle G7-Staaten, einschließlich Japan, im Kommuniqué der G7-Staats- und Regierungschefs verpflichteten, ihre internationale Unterstützung für fossile Infrastruktur einzustellen. Aufgrund von Bedenken hinsichtlich der Energiesicherheit wurden die Ausnahmen der Finanzierung von Projekten für fossile Energien, die in der Erklärung von Glasgow enthalten sind, erweitert. Sie lautete, dass „öffentlich geförderte Investitionen im Gassektor als vorübergehende Maßnahme angemessen sein können“, wobei **es jedem Land überlassen bleibt, die jeweiligen Umstände zu definieren**. Solche Investitionen sollen „in einer Weise umgesetzt werden, die mit unseren Klimazielen übereinstimmt und keine Lock-in-Effekte erzeugt“. ²³ Unklar ist jedoch, wie die G7 die Übereinstimmung ihrer internationalen Finanzmittel mit diesen Zielen bewerten will.

Bevor irgendwelche neuen fossilen Energieprojekte unterstützt werden, schlagen wir vor, dass diese Projekte **anhand der folgenden sechs Kriterien** bewertet werden:

1. Inwieweit besteht die Notwendigkeit, zusätzliche Gasversorgungsquellen im Ausland zu erschließen?
2. Ist das Projekt in der Lage und geeignet, diesen Bedarf innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens zu decken?

Die G7 sollte im Jahr 2023

- alle direkte und indirekte internationale Finanzierung für unverminderte fossile Infrastruktur im Ausland beenden
- politische Maßnahmen bereitstellen, die über internationale, nicht bindende Verpflichtungen hinausgehen
- klare Kriterien für Ausnahmen hinsichtlich der Finanzierung fossiler Brennstoffe bereitstellen (im Einklang mit 1,5°C und ohne Lock-in-Effekte)

¹⁸ CNN, <https://edition.cnn.com/2022/05/23/africa/olaf-scholz-african-tour-intl/index.html>

¹⁹ COP26, <https://ukcop26.org/statement-on-international-public-support-for-the-clean-energy-transition/>

²⁰ Germanwatch, <https://www.germanwatch.org/de/87614>

²¹ IISD, <https://www.iisd.org/system/files/2022-06/turning-glasgow-statement-into-action.pdf>

²² Oil Change International, <https://priceofoil.org/2022/11/08/japans-dirty-secret/>

²³ G7 Deutschland, https://www.g7germany.de/re-source/blob/974430/2062292/9c213e6b4b36ed1bd687e824800403_99/2022-07-14-leaders-communique-data.pdf?download=1

3. Handelt es sich bei dem jeweiligen Investitionsprojekt um eine klar definierte, zeitlich begrenzte Maßnahme? D.h. gibt es einen konkreten Zeitplan für das Projekt und sein Ende?
4. Ist das Projekt im Einklang mit einem 1,5°C-Pfad?
5. Vermeidet das Investitionsprojekt Lock-in-Effekte sowohl im investierenden als auch im exportierenden Land? Gibt es eine klare Strategie zur Vermeidung von Lock-in-Effekten?
6. Verursacht die Investition einen „Schaden“ in Bezug auf die Menschenrechte und/oder die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)? Ist die Anwendung der Kriterien für eine gute Regierungsführung (SDG 16) gewährleistet? Eignet sich das Projekt für eine „just transition“?²⁴

In Bezug auf die Umsetzung durch die G7-Staaten ergibt sich ein sehr gemischtes Bild: Nur das Vereinigte Königreich, Frankreich und seit kurzem auch Kanada haben eine entsprechende Politik veröffentlicht (wobei das Vereinigte Königreich den umfassendsten Ausschluss fossiler Brennstoffe vorweisen kann). Deutschland, die USA und Italien haben in dessen noch nichts vorgelegt.²⁵ Während der japanischen Präsidentschaft müssen **alle G7-Länder beweisen, dass sie ihre Verpflichtung ernst nehmen, indem sie wirksame politische Maßnahmen vorlegen und diese umsetzen**. Von der japanischen Regierung wird nur eine begrenzte Führungsrolle erwartet. Sie hat die Erklärung von Glasgow noch nicht unterzeichnet und wollte sich gemeinsam mit Deutschland auf der G7-Ebene einer starken Verpflichtung zur Beendigung der internationalen Finanzierung fossiler Brennstoffe enthalten. Nicht nur ihre Zusagen sollte die G7 einhalten, sondern zudem auch andere Länder ermutigen, mitzumachen und innerhalb der OECD auf ein Ende solch einer Finanzierung durch Entwicklungs- und Exportfinanzierung drängen.

Innerhalb Deutschlands ist die Regierung in dieser Frage stark gespalten. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) steht kurz vor der Verabschiedung von sektoralen Richtlinien für neue Öl- und Gasinvestitionen. Aus einem bekanntgewordenen Entwurf geht hervor, dass die Bank noch zwei Jahre lang in fossile Brennstoffprojekte investieren kann, die nicht 1,5°C-kompatibel sind. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die damit einhergehende Verringerung der russischen Lieferungen von fossilen Brennstoffen hat Europa und insbesondere Deutschland²⁶ in eine Gaskrise gestürzt. Seitdem haben die **Energiesicherheit und die Diversifizierung der Gasversorgung weg von Russland** höchste politische Priorität erlangt. Obwohl die Bedenken hinsichtlich der Energiesicherheit berechtigt sind und adressiert werden müssen, deuten Analysen darauf hin, dass Deutschland mit den elf geplanten

²⁴ Germanwatch, https://www.germanwatch.org/sites/default/files/germanwatch_pruefkriterien_fuer_gasinvestitionen.pdf

²⁵ Oil Change International, https://priceofoil.org/content/uploads/2022/11/Leaders-Laggards_-9-November-2022.pdf

²⁶ Vor dem russischen Krieg gegen die Ukraine bezog Deutschland rund 55 Prozent seiner Gaslieferungen aus Russland. <https://www.cleanenergywire.org/factsheets/what-happens-if-russias-gas-supplies-germany-are-cut>

Flüssiggasterminals Überkapazitäten zu schaffen droht. Diese werden nämlich nicht erforderlich sein, sofern die Investitionen in Energieeffizienz und -reduzierung, Elektrifizierung und den Ausbau erneuerbarer Energien im nötigen Umfang getätigt werden.^{27 28} Als einer der Hauptkritiker der Glasgow-Verpflichtung **muss Deutschland schnell eine ehrgeizige Politik zur Beendigung der Unterstützung fossiler Brennstoffe entwickeln**, welche sowohl auf nationalen und internationalen Klimazielen, als auch auf einem realistischen Energiebedarf basiert.

²⁷ Twitter, <https://twitter.com/newclimateinst/status/1600718126533865472>

²⁸ Twitter, <https://twitter.com/mkreutzfeldt/status/1603304580024094721?s=12&t=WAFBfgMkElyCySGUNrMtKQ>

6 Klimafinanzierung

In diesem Jahr hat die G7 keine großen Fortschritte bei der Klimafinanzierung erzielt. Die erneute Zusage, so schnell wie möglich 100 Mrd. USD zu mobilisieren, kann in Anbetracht dessen nicht als wirklicher Fortschritt angesehen werden. Dieser mangelnde Fortschritt **untergräbt kontinuierlich das Vertrauen der Entwicklungsländer in die G7** und andere Industrieländer. Während der Anteil Deutschlands, Japans und Frankreichs an der Klimafinanzierung als „angemessen“ eingestuft wird, ist der Anteil der USA und Kanadas unzureichend.²⁹ In Bezug auf die Anpassungsfinanzierung verpflichtete sich die G7 in ihrem Kommuniqué, auf das Ziel der COP26 hinzuwirken. Dort wird die Verdoppelung der Anpassungsfinanzierung für Entwicklungsländer bis 2025 vorgesehen. Aber auch nach der COP27 wurde keine Klarheit darüber geschaffen, wie dieses Versprechen erfüllt werden soll.

Im Jahr 2023 soll das Ziel von 100 Mrd. USD endlich erreicht werden. Dies ist jedoch kein Grund zur Freude, sondern eher ein Anlass für die G7 und andere Industrieländer, die Ärmel hochzukrempeln. **Mindestens 600 Mrd. USD sollten im Zeitraum 2020-25 von den Industrieländern mobilisiert werden.** Es ist klar, dass 100 Mrd. USD bei weitem nicht ausreichen. Demnach muss auch gezeigt werden, dass die G7 bereit ist, ihre Unterstützung für die Entwicklungsländer zu erhöhen. Insbesondere der Anteil der USA und Kanadas an der Klimafinanzierung benötigt eine deutliche Steigerung. Im Einklang mit dem COP27-Beschluss sollte sich die G7 verpflichten, Mittel für die zweite Aufstockung des Green Climate Fund (GCF) bereitzustellen, und darüber hinaus zustimmen, diese Mittel im Vergleich zur ersten Aufstockung zu erhöhen. Zur Anpassungsfinanzierung braucht es konkrete Pläne für ihre Verdoppelung bis 2025 gegenüber 2019.

Deutschland war in diesem Jahr gemeinsam mit Kanada für den Klimafinanzierungsplan und den Fortschrittsbericht verantwortlich.³⁰ Im Vergleich zu anderen G7-Ländern schneidet Deutschland bei seinem Anteil an der Klimafinanzierung gut ab. Um weiterhin eine Führungsrolle übernehmen zu können, wäre **die frühzeitige Bemühung um eine neue Zusage für die zweite Aufstockung des GCF von 2024-27 stark zu empfehlen.** Das wäre nicht das erste Mal; denn im Vorfeld der COP24 war Deutschland das erste Land, das 1,5 Mrd. EUR für die erste Aufstockung des GCF zusagte. Daraufhin sind andere Länder diesem Beispiel gefolgt – ein ähnlicher Schritt könnte den Weg für die zweite Aufstockung des GCF ebnen.

Die G7 sollte im Jahr 2023

- den angemessenen Anteil am überfälligen Ziel von 100 Mrd. USD zahlen und die Verpflichtung eingehen, 600 Mrd. USD von 2020 bis 2025 bereitzustellen
- einen konkreten Fahrplan für die Verdoppelung der Anpassungsfinanzierung bis 2025 erstellen
- neue Mittel bereitstellen und den Anteil für die zweite Aufstockung des Green Climate Fund (GCF) erhöhen

²⁹ Overseas Development Institute, <https://odi.org/en/publications/a-fair-share-of-climate-finance-an-appraisal-of-past-performance-future-pledges-and-prospective-contributors/>

³⁰ Canada, <https://www.canada.ca/content/dam/eccc/documents/pdf/climate-change/climate-finance/delivery-plan/ProgressReport-07.pdf>

7 Reform der internationalen Finanzarchitektur

Ein Thema, das seit der COP26 auf der Tagesordnung steht, ist die Forderung nach einer **Reform der internationalen Finanzarchitektur**, insbesondere der Bretton-Woods-Institutionen. Der IWF und die multilateralen Entwicklungsbanken sind derzeit nicht in der Lage, mit multiplen Krisen konfrontierte Länder ausreichend zu unterstützen. Diese Institutionen so zu reformieren, dass das Klima zu einem Kernelement ihrer Identität wird und sie die für den Wandel erforderlichen Billionen bereitstellen, ist eine der zentralen Ideen hinter den aktuellen Vorschlägen. Der prominenteste stammt von Mia Mottley (der Premierministerin von Barbados) und trägt den Namen Bridgetown Agenda.³¹

Die **G7-Länder sind wichtige Anteilseigner der multilateralen Entwicklungsbanken (und des IWF) und sollten daher auf politische Reformen drängen**. Wird das Klima zu einem Kernbestandteil von den Instrumenten der Institutionen gemacht, können diese mehr Finanzmittel für vulnerable Länder bereitstellen und deren Schuldenlast verringern. Während der letzten G20-Präsidentschaft gab die Arbeitsgruppe für internationale Finanzarchitektur die „unabhängige Überprüfung der Kapitaladäquanzrahmen der multilateralen Entwicklungsbanken“ (CAF-Überprüfung) in Auftrag.³² Das unabhängige Expertengremium kam in diesem Jahr zu dem Schluss, dass die multilateralen Entwicklungsbanken ihre Kreditvergabekapazität erhöhen könnten, indem sie zum Beispiel: ihren Ansatz zur Definition der Risikotoleranz anpassen, den Einsatz von Finanzinnovationen ausweiten und die Bewertung der Finanzkraft der multilateralen Entwicklungsbanken durch Ratingagenturen verbessern. **Als größte MEB hinkt die Weltbank beim Klimaschutz hinterher**. Ferner stand ihre Führung in diesem Jahr aufgrund von klimaskeptischen Äußerungen in der Kritik. Vor der COP27 hatten Deutschland, die USA und acht weitere Länder die Weltbank bereits zu der Erstellung eines Fahrplans für die Reform ihrer Vision, ihrer Anreize, ihres operativen Ansatzes und ihrer Finanzkapazität aufgefordert. So könnte besser auf die globalen Herausforderungen reagiert werden.³³ Dieser Umstand bildete eine solide Grundlage für die Entscheidung der COP27, die Forderung nach einer Reform der MEB aufzunehmen.³⁴

Die G7 sollte im Jahr 2023

- gemeinsam auf eine Reform der multilateralen Entwicklungsbanken (MEB) und des Internationalen Währungsfonds (IWF) hinwirken, um Entwicklungsländer bei der Bewältigung von multiplen Krisen zu unterstützen
- die Kreditvergabekapazität der MEB für die Klimafinanzierung erhöhen
- eine weitere Zuteilung von Sonderziehungsrechten (SZR) und deren Weiterleitung an vulnerable Länder beim IWF beantragen

³¹ Außenministerium von Barbados, <https://www.foreign.gov.bb/the-2022-barbados-agenda/>

³² https://www.dt.mef.gov.it/export/sites/sitodt/modules/documenti_it/news/news/CAF-Review-Report.pdf

³³ Climate Home News, <https://www.climatechangenews.com/2022/10/12/us-germany-world-bank-reform-climate-finance/>; Non-Paper: Die Weltbankgruppe weiterentwickeln, um besser auf unsere sich entwickelnde Welt zu reagieren. Leitprinzipien und Fahrplan für die Reform, wie von Australien, Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, den Niederlanden, der Schweiz, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten empfohlen.

³⁴ *Appell an die Anteilseigner der multilateralen Entwicklungsbanken und der internationalen Finanzinstitutionen, die Praktiken und Prioritäten der multilateralen Entwicklungsbanken zu reformieren, die Finanzierung dementsprechend auszurichten und aufzustocken, einen vereinfachten Zugang zu gewährleisten und die Klimafinanzierung aus verschiedenen Quellen zu mobilisieren; Aufforderung an die multilateralen Entwicklungsbanken, eine neue Vision und ein entsprechendes Betriebsmodell, Kanäle und Instrumente festzulegen, die geeignet sind, den globalen Klimanotstand angemessen zu bekämpfen, einschließlich des Einsatzes einer ganzen Palette von Instrumenten, von Zuschüssen bis*

Eine der wichtigsten Forderungen seitens verschiedener Länder und zivilgesellschaftlicher Organisationen an den IWF besteht darin, neue Sonderziehungsrechte (SZR) zuzuteilen und sie an bedürftige Länder weiterzuleiten, z. B. für die Katastrophenhilfe – ohne die Schuldenlast zu erhöhen. In 2021 hat sich die G20 verpflichtet, SZR im Wert von 100 Mrd. USD neu zuzuteilen, bisher aber wurden nur 81,6 Mrd. USD³⁵ zugesichert. Der neue, vom IWF eingerichtete, „**Resilience and Sustainability Trust**“ stellt eines der Instrumente dar, das SZR nutzen wird. Länder mit niedrigem Einkommen und gefährdete Länder mit mittlerem Einkommen werden mit Darlehen unterstützt, die eine längerfristige Finanzierung ermöglichen. Dadurch sollen 42 Mrd. USD (33 Mrd. SZR) gesichert werden und liegen derzeit 22 Mrd. USD (15,3 Mrd. SZR)³⁶ bereit. Die MEBs sind ebenfalls vorgeschriebene Inhaber von SZRs und können diese mit bestmöglichem Einsatz ihres Fachwissens und ihrer Kapazitäten an Entwicklungsländer weitergeben.

Im Einklang mit dem Beschluss der COP27 sollten die G7-Länder gemeinsam auf diese Reformen drängen und die Empfehlungen der CAF-Überprüfung umsetzen. Darüber hinaus **sollte die G7 angesichts der zunehmenden Schuldenlast vieler Länder zum Einen eine neue SZR-Zuteilung fordern** und zum Anderen die bestehenden SZR an die Länder umleiten, die sie am dringendsten benötigen. Die Regierung in Ländern wie Deutschland, wo die Bundesbankverordnung die Neuzuweisung von SZR verhindert, sollte auf eine Reform des Gesetzes drängen.

hin zu Garantien und Instrumenten ohne Verschuldung, unter Berücksichtigung der Schuldenlast und Risikobereitschaft, um die Klimafinanzierung wesentlich zu erhöhen.

38. Appell an die multilateralen Entwicklungsbanken, zu den deutlich erhöhten Klimaschutzambitionen beizutragen, indem sie die ganze Bandbreite ihrer politischen und finanziellen Instrumente nutzen, um bessere Ergebnisse zu erzielen, einschließlich der Mobilisierung von privatem Kapital und für eine höhere finanzielle Effizienz zu sorgen und die Nutzung bestehender Vorzugs- und Risikokapitalinstrumente zu maximieren, um Innovationen voranzutreiben und die Wirkung zu beschleunigen.

https://unfccc.int/sites/default/files/resource/cop27_auv_2_cover%20decision.pdf

³⁵ G20 Indonesien, <https://www.consilium.europa.eu/media/60201/2022-11-16-g20-declaration-data.pdf>

³⁶ Internationaler Währungsfonds, <https://www.imf.org/en/About/Factsheets/Sheets/2022/resilience-and-sustainability-facility-rsf>

8 Partnerschaften für eine gerechte Energiewende

Die Just Energy Transition Partnership (JETPs) ist ein zentrales Instrument der vor kurzem bekanntgegebenen PGII von der G7 (Partnerschaft für globale Infrastrukturen und Investitionen). Auf dieser Grundlage **hat die G7 sich verpflichtet, in den nächsten fünf Jahren 600 Mrd. USD an Unterstützung zu mobilisieren**.³⁷ Die Partnerschaften zielen darauf ab, Schwellenländer mit hohen Emissionen dabei zu unterstützen, ihre Ambitionen zu steigern und ihre Wirtschaft auf gerechte Weise zu dekarbonisieren. Hierzu werden finanzielle, technologische und technische Ressourcen bereitgestellt.

Die erste Partnerschaft mit Südafrika wurde auf der COP26 im Jahr 2021 ins Leben gerufen, im Jahr 2022 begann dann der Prozess der Entwicklung von JETPs mit Indonesien, Indien, dem Senegal und Vietnam. Auf dem G20-Gipfel in Bali wurde kürzlich die zweite JETP mit Indonesien angekündigt.³⁸ Hier fungierten Japan und die USA als federführende G7-Staaten. Rund 10 Mrd. USD aus öffentlichen Quellen und 10 Mrd. USD aus privaten Quellen sollen mobilisiert werden, um die Dekarbonisierung des indonesischen Stromsystems voranzutreiben. Die im Dezember 2022 angekündigte Partnerschaft mit Vietnam zielt darauf ab, 7,75 Mrd. USD an öffentlichen Mitteln zu mobilisieren und durch private Mittel um denselben Betrag auf insgesamt 15,5 Mrd. USD zu verdoppeln. Alarmierend ist jedoch die Menschenrechtslage für lokale Umweltschützer:innen. Obwohl noch Zeit für die JETP mit Indien gebraucht wird, soll sie während der indischen G20-Präsidentschaft im Jahr 2023 formell verkündet werden. Deutschland und Frankreich sind führend bei der Entwicklung einer weiteren JETP mit dem Senegal. Allerdings wird die Entwicklung aufgrund der deutschen Gasinteressen im Senegal und anderen Ländern erschwert - die Finanzierung neuer Gasinfrastrukturen sollte nicht in eine JETP aufgenommen werden.

Im Jahr 2023 wird es für die G7 von entscheidender Bedeutung sein, die Versprechen der JETPs zu erfüllen. Derzeit bestehen diese Partnerschaften nur auf dem Papier und in Form von Erklärungen. Sobald die Finanzmittel fließen, wird sich zeigen, ob die JETPs transformative Instrumente sind. Über das Erreichen der Klima- und Finanzierungsziele hinaus **sollten Prinzipien für die JETPs festgelegt werden**.³⁹ Obwohl klar ist, dass jede Partnerschaft einzigartig ist und an das länderspezifische Umfeld angepasst werden muss, stellen sich Fragen zur Länderauswahl, zu den Zielen sowie zum Prozess. **Da ein Mangel an Kommunikation und Transparenz die Legitimität der Partnerschaften in Frage stellt**, ist die Verbesserung der Transparenz im Zusammenhang mit diesen Partnerschaften einer der wichtigsten Aspekte. Die G7 sollte aus den Prozessen mit Südafrika und Indonesien ihre Lehren ziehen – insbesondere was die **Einbeziehung der Zivilgesellschaft** betrifft.⁴⁰ Angesichts der

Die G7 sollte im Jahr 2023

- Finanzmittel für die bereits angekündigten JETPs (Südafrika, Indonesien und Vietnam) bereitstellen
- Grundsätze für JETPs festlegen (einschließlich verbesserter Transparenz und Einbeziehung von zivilgesellschaftlichen Organisationen)
- Die Finanzierung von fossiler Infrastruktur im Rahmen der JETPs ausschließen und Kohärenz in den JETPs und anderen internationalen Finanzflüssen gewährleisten

³⁷ Das Weiße Haus, <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/06/26/fact-sheet-president-biden-and-g7-leaders-formally-launch-the-partnership-for-global-infrastructure-and-investment/>

³⁸ Europäische Kommission, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/STATEMENT_22_6892

³⁹ Germanwatch, <https://www.germanwatch.org/en/87617>

⁴⁰ Germanwatch, <https://www.germanwatch.org/de/87278>

mangelnden Konsultation während des südafrikanischen JETP-Prozesses befürchten die zivilgesellschaftlichen Organisationen, dass die JETPs zu geschlossenen Partnerschaften zwischen Regierungen werden und die Ansichten der zivilgesellschaftlichen Organisationen vernachlässigt werden könnten. Diese sind jedoch von entscheidender Bedeutung, um den Prozess und die Partnerschaft insgesamt für möglichst viele Menschen zu einem Erfolg zu machen.

Deutschland steht bei den JETPs mit Indien und dem Senegal an der Spitze. Die deutsche Regierung ist in der Lage, Geld bereitzustellen – im Gegensatz zu anderen Regierungen wie den USA und dem Vereinigten Königreich, welche hauptsächlich Garantien geben. Dies macht Deutschland zu einem vertrauenswürdigen Partner in der JETP-Architektur. Dafür werden die Partnerschaften mit Indien und dem Senegal eine Herausforderung darstellen. Die senegalesische Regierung und Deutschland signalisieren, dass die **Erkundung von Gasvorkommen** Teil der Energiezukunft Senegals sein wird. **Fossile Brennstoffe sollten jedoch keinen Anteil der JETPs ausmachen**. Wenn Deutschland eine Partnerschaft anstrebt, in der Gas nicht enthalten sein soll, aber gleichzeitig die Erschließung neuer Gasvorkommen im Senegal unterstützen will, leidet seine Glaubwürdigkeit. Auch die Verhandlungen mit Indien sind langsam und schwierig. Dennoch schreitet die Partnerschaft voran. Die wesentlichen indischen Ministerien sind mit an Bord, die Partnerschaft wird voraussichtlich auf dem G20-Gipfel in Indien bekanntgegeben. Unklar bleiben die Grundzüge der Vereinbarung; eine der heiklen Fragen ist, ob bzw. unter welchen Bedingungen Indien sich zu einem Kohleausstieg verpflichten wird.

Aus diesen Gründen werden **JETPs für die G7 ein zentrales Thema auf der Klima- und Energieagenda** sein. Hier kann sie ihr Engagement, andere Länder bei ihren Dekarbonisierungsbemühungen zu unterstützen, beweisen.

9 Klimacub, industrielle Dekarbonisierung und grüner Wasserstoff

Der Klimacub – das zentrale Klimaprojekt von Bundeskanzler Scholz – ist immer noch in der Entstehungsphase.⁴¹ Ursprünglich sollte der Klimacub ehrgeizige Klimaschutzziele ermöglichen, ohne dass kohlenstoffintensive Industrien ihre Länder verlassen (d.h. Vermeidung von „carbon leakage“). Die deutsche Regierung wollte die Bepreisung von CO₂ als eines der Kernelemente des Clubs durchsetzen, was jedoch auf G7-Ebene nicht möglich war - Kernländer wie die USA und Japan waren nicht mit an Bord. Während des Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs wurde ein erster Entwurf für den Club bekanntgegeben. Die im Dezember 2022 veröffentlichten Themenschwerpunkte des Klimacubs sehen **drei Hauptsäulen** vor:⁴² 1) Förderung ehrgeiziger und transparenter Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels, 2) Transformation der Industrien und 3) Förderung der internationalen Zusammenarbeit und Partnerschaften im Bereich des Klimaschutzes. Die OECD und die IEA werden ein vorläufiges Sekretariat für die Initiative bereitstellen. Zusätzlich wird eine Arbeitsgruppe auf den **vollständigen Start des Clubs auf der COP28** hinarbeiten – mit mehr als einem Jahr Verspätung zum G7-Gipfel in Elmau.

Bislang ist noch unklar, wie die Teilnahme oder Mitgliedschaft im Klimacub den Ehrgeiz für das Thema Klimaschutz steigern kann, wenn er nur als Plattform für den Austausch bewährter Praktiken dient. Die **Bedingungen des Clubs bleiben vage** und geben wenig Aufschluss darüber, ob er tatsächlich eine wertvolle Ergänzung zu bereits bestehenden Initiativen darstellen wird. Dennoch birgt er das Potenzial zu zusätzlichen Vorteilen. Sowohl eine Einigung über gemeinsame Anforderungen an die Emissionsleistung, als auch über Grundsätze für die Dekarbonisierung der Industrie könnten vom Klimacub gefördert werden. Das Angebot und die Nachfrage nach umweltfreundlichen Industrieprodukten könnte vorangetrieben und unterstützende nationale Maßnahmen gefördert werden.⁴³

In der Zwischenzeit haben verschiedene Länder über andere Foren an der Dekarbonisierung der Schwerindustrie gearbeitet. Die Clean Energy Ministerial **Industrial Deep Decarbonisation Initiative (IDDI)** ist gewachsen: Japan, Schweden, die USA und Saudi-Arabien haben sich der Koalition angeschlossen (zuvor bestand sie aus Kanada, Deutschland, Indien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und dem Vereinigten Königreich).⁴⁴ ⁴⁵ Basierend auf den aktuellen Methoden und Definitionen der IEA zur Kohlenstoffbilanzierung kündigte die IDDI im September 2022 eine neue globale Zusage für ein umweltfreundliches öffentliches

Die G7 sollte im Jahr 2023

- ihr Versprechen einlösen, den „Klimacub“ zu einem inklusiven Bündnis zu machen, das in der Lage ist, die Klimaambitionen zu erhöhen
- Überschneidungen mit bereits bestehenden Initiativen zur industriellen Dekarbonisierung vermeiden; aber dennoch den Mehrwert des Klimacubs verdeutlichen / hervorheben
- den „G7 Wasserstoff-Aktionspakt“ in einen grünen G7 Wasserstoff-Aktionspakt umwandeln

⁴¹ Germanwatch, <https://www.germanwatch.org/de/85536>

⁴² <https://www.g7germany.de/resource/blob/974430/2153140/2022-12-12-g7-erklaerung-data.pdf>

⁴³ E3G und Agora Industrie, <https://e3g.wpenginpowered.com/wp-content/uploads/A-CLIMATE-ALLIANCE-FOR-INDUSTRY-TRANSFORMATION.pdf>

⁴⁴ Industrial Decarbonization Accelerator, <https://www.industrialenergyaccelerator.org/general/press-release/>

⁴⁵ UNIDO, <https://www.unido.org/news/japan-and-sweden-join-industrial-deep-decarbonization-initiative>

Beschaffungswesen an. Auch die **Glasgow Breakthrough Agenda** hat ihren ersten Jahresbericht mit einer Beschreibung der Kernmaßnahmen für jeden Bereich veröffentlicht.⁴⁶ Sie wurde auf der COP26 ins Leben gerufen, um die Innovation und den Einsatz sauberer Technologien in fünf vorrangigen Sektoren zu beschleunigen. Einige Schwerpunktbereiche der Breakthrough Agenda überschneiden sich mit den Schwerpunkten des Klimaclubs, da sie auch Sektoren wie die Stahlindustrie umfassen, die schwer vermeidbaren Emissionen („hard-to-abate sectors“) verursachen.⁴⁷ Darüber hinaus haben die USA der EU vor kurzem ein Abkommen über umweltfreundlichen Stahl und Aluminium vorgeschlagen, das die Besteuerung von Metallen vorsieht. Sie werden in anderen Ländern, einschließlich China, mit höheren Emissionen hergestellt.⁴⁸ Und obwohl die USA und die EU bereit sind, die Mitgliedschaft auf Länder auszudehnen, die dieselben hohen Standards erfüllen,⁴⁹ könnte die Exklusivität des Abkommens die Länder verärgern, die davon ausgeschlossen werden. Ohne einen klaren Geltungsbereich und eine klare Abgrenzung birgt der Klimacub die Gefahr, die bestehende Landschaft der Industrieinitiativen aufzublähen und in diesem kritischen Jahrzehnt der Maßnahmen unnötige Duplizierung und Fragmentierung zu verursachen.

Grüner Wasserstoff wird bei der Dekarbonisierung des Industriesektors eine zentrale Rolle spielen. Er soll auch Teil einer vertieften Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Japan sein, die nach dem Besuch des deutschen Bundeskanzlers Scholz bei der G7-Präsidentschaft 2023 in Japan Anfang 2022 angekündigt wurde.⁵⁰ Zwar hat die G7 in diesem Jahr mit der Einführung eines „Wasserstoff-Aktionspakts“ (Hydrogen Action Pact, HAP) Fortschritte gemacht, doch der Bezug zum grünen Wasserstoff sollte verstärkt und konkrete Schritte in die Wege geleitet werden.⁵¹ Um einen echten **„grünen Wasserstoff-Aktionspakt“** zu konstituieren, sollte die G7 im Jahr 2023:

1. Ziele, Funktionen und Zeitplan des G7-HAP spezifizieren und den Mehrwert im Vergleich zu anderen multilateralen Wasserstoffprogrammen erhöhen,
2. einen klaren Schwerpunkt auf grünen Wasserstoff legen,
3. über den bloßen Austausch bewährter Verfahren zur nachhaltigen Wasserstoffherzeugung hinausgehen und eine Reihe von Nachhaltigkeitsstandards entwickeln,
4. eine gemeinsame Vision für ein glaubwürdiges Überwachungs- und Zertifizierungssystem entwickeln.

⁴⁶ <https://climatechampions.unfccc.int/wp-content/2022/09/THE-BREAKTHROUGH-AGENDA-REPORT-2022.pdf>

⁴⁷ Breakthrough Agenda, <https://climatechampions.unfccc.int/wp-content/uploads/2022/11/Steel-Breakthrough-Priority-International-Actions-for-2023-final.docx.pdf>

⁴⁸ Congressional Research Service, <https://crsreports.congress.gov/product/pdf/IN/IN11799>

⁴⁹ The New York Times, <https://www.nytimes.com/2022/12/07/business/economy/steel-tariffs-climate-change.html>

⁵⁰ Bundesregierung, <https://www.bundesregierung.de/breg-en/news/federal-chancellor-japan-visit-2029280>

⁵¹ Germanwatch, <https://www.germanwatch.org/de/87297>

10 Schäden und Verluste

Es war ein entscheidendes Jahr in Sachen Schäden und Verluste („Loss and Damage“). Die G7-Präsidentschaft unternahm wichtige Schritte, um glaubwürdige Fortschritte in diesem Bereich zu erzielen. Im Kommuniqué der G7 zu Klima und Energie erkannte die Staaten zum ersten Mal an, dass es „**dringend notwendig ist, die Maßnahmen und Unterstützung zur Abwendung, Minimierung und Bewältigung von Schäden und Verlusten**“, insbesondere in gefährdeten Entwicklungsländern, zu verstärken“. Darüber hinaus verpflichtete sich die G7, Finanzierung und Versicherung von Klima- und Katastrophenrisiken auszubauen und auf einen globalen Klimarisikoschirm (Global Climate Risk Shield) hinzuarbeiten. Auf der COP27 wurde der globale Klimarisikoschirm ins Leben gerufen und leisteten die Länder ihre ersten finanziellen Beiträge – darunter Deutschland mit 170 Mio. EUR und 40 Mio. EUR aus anderen Ländern.⁵²

Im Übrigen ist ein neuer **Fonds für Schäden und Verluste** eine der wichtigsten Errungenschaften der COP27. Die Verhandlungen wurden von Deutschland und Chile gemeinsam vorangetrieben. Auch wenn die Einzelheiten darüber, wer in den Fonds einzahlt und wer auf die Mittel zugreifen kann, noch offen sind, ist seine Einrichtung ein Erfolg, für den vulnerable Länder lange gekämpft haben.

Die G7 sollte die rasche Einrichtung des Fonds unterstützen – bis Ende 2023 soll er einsatzbereit sein. Außerdem sollte die G7 signalisieren, dass sie Zusagen für ihn machen wird. Deutschland ist aufgrund seiner Rolle bei der COP27 und während der G7-Präsidentschaft besonders gut positioniert, eine starke Stimme der G7 zu sein. Zusätzlich zu der Unterstützung des Fonds für Schäden und Verluste sollte die G7 auch (weitere) Beiträge zum **globalen Klimarisikoschirm** leisten. Zusagen hierfür sollten jedoch nicht als Ersatz für Zusagen für den Fonds für Schäden und Verluste oder das **Santiago Netzwerk zu Schäden und Verlusten** angesehen werden.

Die G7 sollte im Jahr 2023

- über den globalen Schutzschild (Global Shield) hinaus finanzielle Unterstützung bereitstellen
- Eine Führungsrolle bei der Einrichtung des Fonds für Schäden und Verluste einnehmen und konkrete Zusagen tätigen
- die Mittel für das Santiago Netzwerk zu Schäden und Verlusten aufstocken

⁵² Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, <https://www.bmz.de/en/news/press-releases/v20-g7-launch-global-shield-against-climate-risks-at-cop27-128244>

Sie fanden diese Publikation interessant?

Wir stellen unsere Veröffentlichungen zum Selbstkostenpreis zur Verfügung, zum Teil auch unentgeltlich. Für unsere weitere Arbeit sind wir jedoch auf Spenden und Mitgliedsbeiträge angewiesen.

Spendenkonto: BIC/Swift: BFSWDE33BER, IBAN: DE33 1002 0500 0003 212300

Mitgliedschaft: Werden Sie Fördermitglied (Mindestbeitrag 60 Euro/Jahr) oder stimmberechtigtes Mitglied (ab 150 Euro/Jahr, Studierende ab 120 Euro/Jahr) bei Germanwatch. Weitere Informationen und das Anmeldeformular finden Sie auf unserer Website unter:

www.germanwatch.org/de/mitglied-werden

Wir schicken Ihnen das Anmeldeformular auf Anfrage auch gern postalisch zu:
Telefon: 0228/604920, E-Mail: info@germanwatch.org

Kontakt

Alexandra Goritz,
Germanwatch e. V.
goritz@germanwatch.org

Impressum

Germanwatch e. V.
Kaiserstrasse 201, 53113 Bonn
Stresemannstrasse 72, 10963 Berlin

